

**borderline-europe**

**Menschenrechte ohne Grenzen e.V.**



**NEWSLETTER  
ITALIEN**

**Juli/August 2018**

#### ITALIEN

- **Seenotrettung in Zeiten der geschlossenen Häfen**
- **Zivile Proteste**
- **Ankünfte in Italien – aus Hotspots werden Gefängnisse**
- **Probleme in der Unterbringung**
- **Rassismus – von Hass-Tweets zu brutaler Gewalt gegen Migrant\*innen**
- **Die italienischen Nordgrenzen – „Survival Sex“ und Aktivismus gegen Grenzschießung**
- **Aussetzung des Rechtes**

## ITALIEN

### Seenotrettung in Zeiten der geschlossenen Häfen

Seit dem 10. Juni sind die Häfen in Italien für Seenotrettungs-NGOs faktisch geschlossen. Zudem werden die NGO Schiffe massiv an der Rettung gehindert. Das führte im Juni zu der bisher höchsten [Todesrate von Geflüchteten auf See](#). Nachdem die Lifeline am 28.6.2018 nach zähen Verhandlungen über einen sicheren Hafen für die Geretteten an Bord in Malta festgesetzt wurde, liegt auch die Sea Watch 3, die kurz darauf an der Ausfahrt aus dem maltesischen Hafen La Valletta gehindert wurde, immer noch dort fest. Alle erfragten Dokumente über die Legalität der Schiffspapiere wurden beigebracht, dennoch wird das Schiff weiterhin ohne Rechtsgrundlage an der Ausfahrt gehindert. Nachdem die Aquarius der Organisationen SOS Méditerranée und MSF [tagelang auf See auf die Zuweisung eines Hafens warten](#) musste, konnte sie endlich [am 15. August 141 Gerettete nach Malta](#) bringen. Doch kurz darauf kündigte Gibraltar an, der [Aquarius die Flagge zu entziehen](#). Auf ihrem Rückweg zu ihrem Basishafen Marseille, wo das Flaggenproblem geklärt werden soll, [rettete die Aquarius nördlich von der tunesischen Küste fünf Menschen](#). Derzeit gibt es noch keinen Hafen, in den sie die Geretteten bringen können. Dieses Szenario der Abschottung führt dazu, dass derzeit nur die spanische Organisation Pro Activa Open Arms ohne rechtliche Probleme retten kann, einen Hafen bekommt jedoch auch sie nur noch schwerlich zugewiesen. [Amnesty International verfasste einen Bericht](#), in dem Italien, Malta und Europa insgesamt für eine todbringende Politik angeklagt werden. Einen Überblick über das Seenotrettungs-Desaster im zentralen Mittelmeer von [borderline-europe](#) finden Sie in unserem [„Salvini-Update“](#) und [hier](#). Dort finden Sie auch Informationen zum [Fall der SAROST 5](#), die mit 40 Geretteten fast drei Wochen lang vor Tunesien auf die Zuweisung eines Hafens warten musste.



### Zivile Proteste

Auf der Basis der so genannten (und leider nicht praktisch umgesetzten) [Charta von Palermo](#) fand, angeregt vom Watch The Med Alarm Phone, Ende Mai ein erstes Treffen zwischen Rettungs-NGOs, diversen Aktivist\*innen und der Kommune von Palermo statt. Gemeinsam sollte ein Prozess in Gang gesetzt werden, der sich auf aktivistischer, NGO und kommunaler Ebene für [gleiche Rechte für Alle und Mobilität einsetzt](#). Aus diesem Treffen heraus entstand ein größeres Netzwerk, dass sich für [offene und sichere Häfen](#) einsetzt: [From the Sea to the City](#). Immer wieder haben sich die Bürgermeister\*innen von Barcelona (Spanien), Palermo und Neapel sowie einige weitere Städte für die Aufnahme der Geretteten auf See bereit erklärt. [Auch in Deutschland](#) haben sich einige Kommunen angeschlossen. Bisher hatte dies jedoch leider noch keine politischen Folgen auf die Schließung der Häfen oder die Umverteilung. Weitere Treffen und die Involvierung weiterer Bürgermeister\*innen in Europa sind angedacht.



„Öffne uns die Häfen“ – Protestaktion am 14. Juli, Festtag der Heiligen Santa Rosalia

### Ankünfte in Italien – aus Hotspots werden Gefängnisse

Die Politik der Schließung der Häfen führt dazu, dass sich die Ankünfte in Italien massiv verringert haben. Derzeit sind vor allem Ankünfte aus Tunesien in kleinen Booten zu verzeichnen, die selbst Lampedusa und das sizilianische Festland erreichen. [Bis zum 21. August haben 19.387 Geflüchtete Italien erreicht](#), 3.718 von ihnen kommen aus Tunesien, dicht gefolgt von Geflüchteten aus Eritrea und dem Sudan. Die Migrant\*innen bleiben nun sehr viel länger in den Hotspots (vorgesehen sind maximal 72 Stunden). So befinden sich Ende August immer noch 167 Menschen im Hotspot von Pozzallo, wo sie nach der Anlandung des 16. Juli gebracht wurden. Dies hängt an der neuen Verteilpolitik: Italien ist nur bereit, Schiffe anlanden zu lassen, wenn andere europäische Staaten die Geflüchteten übernehmen. Somit will der italienische Innenminister die Dublin-Verordnung mit Macht aushebeln. Prinzipiell ein richtiger Ansatz, doch leider wird er auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen, [die nun wochenlang in den Hotspots](#) (oder vor einer Anlandung auf den Rettungsschiffen) festhängen. Auf Lampedusa ankommende tunesische Migrant\*innen werden oftmals in den Hotspot von Trapani verlegt, wo sie dann faktisch in Haft sitzen, bis eine Zurückschiebung organisiert werden kann. Doch Tunesien nimmt nur wenige Migrant\*innen pro Woche zurück, damit wird der Hotspot zum Abschiebungsgefängnis.

### Probleme in der Unterbringung

Aufgrund der zurückgehenden Zahlen fragt man sich natürlich, wie denn das die Heimbetreiber sehen – schließlich ist die Migration ein gutes Business in Italien. Tatsächlich müssen auch immer mehr der kleinen Heime schließen, doch die großen Träger gewinnen dazu und bauen Monopole auf. Da sie nicht mehr rentabel Wirtschaften können, verkaufen – im wirklichen Sinne des Wortes – laut Auskunft von Borderline Sicilia (in Gesprächen mit borderline-europe) immer mehr kleinere Heime ihre Belegschaft samt der Geflüchteten an große Träger. [Die Notstandszentren CAS hingegen füllen sich mit jungen Menschen](#), die gerade volljährig geworden sind und die Jugendeinrichtungen verlassen müssen. Auffällig ist vor allem die Belegung der Zentren für unbegleitete Minderjährige Geflüchtete. Diese Zentren werden eigentlich über den europäischen [AMIF](#) Fonds finanziert. Nach der Ankunft sollten die Jugendlichen direkt in diese landesweit bestehenden Zentren gebracht werden, doch viele der AMIF-Zentren sind leer. Stattdessen werden die Jugendlichen in Erstaufnahmeeinrichtungen (für Erwachsene) gebracht. Dahinter steckt ganz deutlich das Business: Die CAS sollen sich weitertragen, die AMIF-Zentren werden hingegen als Projekte finanziert, also auch wenn sie leer sind. Ein gutes Geschäft in Zeiten der mangelnden Ankünfte. Ein weiteres großes Problem stellen vulnerable Personen mit Traumata dar, die psychologische Betreuung benötigen: [Sogar der zentrale Dienst der Gesundheitsbehörde schafft es nicht](#), die nötigen Lösungen zu finden und besonders schutzbedürftige Personen in eine entsprechende Einrichtung zu überweisen.

### Rassismus – von Hass-Tweets zu brutaler Gewalt gegen Migrant\*innen

Rassistische Äußerungen, Anfeindungen und brutale Übergriffe gegen Geflüchtete und Migrant\*innen sind zunehmend beunruhigende Entwicklungen in den vergangenen drei Monaten in Italien. Die Politik der neuen italienischen Regierung mit dem rechtspopulistischen Innenminister Matteo Salvini befeuert rassistische, aggressive Posts in den Social Media und führt vermehrt zu gewalttätigen Übergriffen. Kein Wunder, denn Salvini propagiert mit

seinem Slogan „Zuerst die Italiener“, einen nationalistischen Gedanken, in den Migrant\*innen und Geflüchtete nicht als Mitbürger\*innen hineinpassen. Die Schuld für soziale und ökonomische Probleme wie beispielsweise die hohe Arbeitslosigkeit, werden den Migrant\*innen und Geflüchteten zugeschoben. An produktiven Lösungsansätzen mangelt es der Regierung hingegen. Die verschärfte Abschottungspolitik stärkt das negative Gefühl gegenüber der Einwanderung. Laut einer Untersuchung der Initiative „More in Common“ äußerten die Befragten zum Thema Migration Sicherheitsbedenken und den Eindruck, dass Italien die Kontrolle über seine Grenzen verloren habe und dass die Behörden unfähig seien, das Phänomen der Migration wirksam zu bewältigen. Häufig erscheinen mittlerweile Zeitungsartikel über Angriffe auf Migrant\*innen in verschiedenen italienischen Städten. Auf die Ermordung des Plantagenarbeiters und Aktivisten Soumya Sacko in einer Provinzstadt Kalabriens Anfang Juni folgten bis Ende Juli 12 weitere Schussangriffe, ein weiterer Mord und 33 gewalttätige Übergriffe aus rassistischen Motiven. So wurde beispielsweise im Juli einem 13-Monate altem Roma-Mädchen in Rom mit einem Luftgewehr Kugeln in den Bauch geschossen. Allarmierende Ereignisse, die weiter andauern. In Palermo begannen deshalb verschiedene Flüchtlingsunterstützungsgruppen gemeinsam mit Teilen der Stadtverwaltung rassistische Übergriffe nachzuverfolgen sowie Betroffene und Zeug\*innen zu ermutigen, die Fälle zu melden und auch anzuzeigen.

Dabei ist auch die Form der Sprache wichtig, mit der über Opfer sowie Täter gesprochen wird. In den Artikeln werden zum Beispiel meistens keine rassistischen Motive benannt. „Wenn eine schwarze Person getötet wird, gibt es immer eine Entschuldigung. Aber wenn ein Ausländer einen Italiener tötet, konzentrieren sie sich nur auf die Tatsache, dass der Angreifer fremd war und auf seine Hautfarbe“, sagt Mamadou Sall, Präsident der senegalesischen Vereinigung von Florenz und italienischer Staatsbürger, der seit mehr als 20 Jahren im Land lebt.



„Kampf gegen Salvini“ in Palermo

Wie groß der Einfluss von populistischen Reden auf Rassismus und andere Diskriminierungsformen ist, beschreibt auch Marilisa D'Amico, Verfassungsrechtlerin, Dozentin und Mitbegründerin von Vox, der Beobachtungsstelle für Rechte. Aus einer Analyse zu den Tweets in den Social Media geht deutlich hervor, dass die Regierungsveränderung einen starken Einfluss auf die menschenverachtende Sprache hat. So hätten sie in der Phase nach den Wahlen einen starken Anstieg von vier Prozent in den Kategorien Fremdenfeindlichkeit, Migrant\*innen und Islam erlebt.

Wenn dann noch entgegen der Realität gezielt Fake-News verbreitet werden, um Migrant\*innen zu diffamieren, wird eine Wut geschürt, die rechter Propaganda in die Hände spielt. Zuletzt stellte Salvini Asylsuchende als undankbar dar. Sie würden dem Staat auf der Tasche liegen und als Beweis führte er an, dass sie nun auch noch ein Sky-Abonnement haben wollen. Das Polizeipräsidium und die Präfektur im norditalienischen Vicenza gingen der Anschuldigung nach und untersuchten den Vorwurf. Es erwies sich, dass die Unterstellung falsch war. Doch die Nachrichten verbreiten sich schneller als sie sich als falsch enttarnen lassen. In den letzten Monaten können wir deutlich beobachten, wie in Italien durch Rechtspopulismus Rassismus gefördert wird und damit einige Menschen zu Opfern von psychischer und physischer Gewalt werden. Dass die italienische Regierung offensichtlich die rassistische Gewalt bekräftigt ist nicht nur unmenschlich, sondern absolut nicht hinnehmbar.



**Die italienischen Nordgrenzen – „Survival Sex“ und Aktivismus gegen Grenzschießung**

[Save the Children](#) hat Ende Juli über die alarmierende Situation der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten an der italienisch-französischen Grenze in Ventimiglia informiert. Die jungen Geflüchteten werden, so Save the Children, zur Prostitution gezwungen, um Schlepper in Italien zu zahlen, die sie nach Frankreich bringen, damit sie zu ihren Familienangehörigen in anderen europäischen Staaten gelangen können. „Survival Sex“ nennt sich dieses grausame Phänomen, das vor allem junge Mädchen aus dem Horn von Afrika und den Ländern südlich der Sahara betrifft. Sie verkaufen sich auch, um Nahrung oder Unterkunft zu finden. „Sie sind alle sehr jung“, so Save the Children, „und gehören oft zum Strom unbegleiteter Minderjähriger. Survival Sex betrifft viele junge Mädchen, die verzweifelt versuchen, sich mit ihren Familien und Bekannten zu vereinen, die sich in anderen europäischen Ländern als Italien befinden. Die sehr jungen Prostituierten bezahlen die „Passeure“, die sie für 50-150 Euro über die Grenze bringen. Ohne die Möglichkeit, sichere und legale Wege zu gehen, sind sie ernsthaften Risiken des Missbrauchs und der Ausbeutung ausgesetzt.“

Während die Situation in Ventimiglia weiterhin sehr problematisch ist [kommen kaum noch Geflüchtete über den Brenner](#) nach Österreich. Laut Aussage der Tiroler Polizei seien es nur 149 Personen in diesem Jahr gewesen. Das liege auch an den massiven Kontrollen der italienischen Polizei in den Zügen.

Im Juli fand im Val Roja in den französischen Seealpen erstmals das Festival der „Passeurs des Humanité“, der „Schleppern der Menschlichkeit“, statt. Französische Jurist\*innen, Aktivist\*innen und Unterstützer\*innen versammelten sich und diskutierten die unmenschliche Situation an der italienisch-französischen Grenze, an der täglich die Rechte der Migrant\*innen verletzt werden. Unter ihnen wichtige Anwälte der Anwaltskammern von Paris und Nizza, der französische grüne Europaabgeordnete José Bové, Universitätsprofessoren und Menschenrechtsbeobachter sowie auch [Cedric Héroux](#), der zum Symbol des Fluchthelfers in Frankreich wurde. [Ein Video](#) in französischer Sprache mit italienischen Untertiteln erläutert die Beweggründe des Festivals.

Weitere Informationen zu der französisch-italienischen Grenzregion finden Sie in einem [Monitoring-Bericht](#) des Netzwerks „Moving Europe“.

### **Aussetzung des Rechtes**

Ende Juni veröffentlichte Borderline Sicilia [einen Brief, der von der Präsidentin der nationalen Asylkommission versendet wurde](#). In diesem Brief geht es um die Asylanträge tunesischer Staatsbürger\*innen: „Sehr geehrte Vorsitzende, ich komme zurück auf das Thema Tunesien, das, wie Sie wissen, bereits Gegenstand meiner vorherigen Mitteilungen gewesen ist. Dies betreffend möchte ich nochmals unterstreichen, dass das Land über eine demokratische Verfassung verfügt und mit Italien ein Rückführungsabkommen geschlossen hat. Deswegen kann Antragsteller\*innen, die aus diesem Land kommen, kein Schutz in jeglicher Form zugesprochen werden.“ Die Präsidentin der Asylkommission ruft damit die Mitglieder aller Territorialkommissionen vorab auf, keine Asylgesuche von tunesischen Staatsbürger\*innen zu prüfen, eine absolut irreguläre Handlungsweise, da jeder ein Anrecht auf die Stellung eines Asylantrags hat. Zur Erinnerung: es ist einem politischen Organ untersagt, die Verwaltung zu beeinflussen, welche die Pflicht hat, ausschließlich nach der korrekten Interpretation des Rechts zu handeln. Wir betonen, dass die Mitglieder der Territorialkommissionen, zu denen bald auch die neuen Beamt\*innen des Innenministeriums gehören werden, die Pflicht haben autonom und ohne politische Beeinflussung zu handeln.

Das Innenministerium sägt derzeit an Aufenthaltstiteln: am 4. Juli hat [Salvini ein Rundschreiben an die Präfekturen, die Asylkommissionen und weitere Autoritätsträger erlassen](#), in dem er die Anerkennung auf humanitären Schutz einzuschränken gedenkt, um diesen Schutz auf lange Sicht ganz auszusetzen. Der Humanitäre Schutz ist ein italienischer Schutztitel, der auf der italienischen Verfassung beruht und nicht einfach gestrichen werden kann.

## Kontakt

---

**borderline-europe**  
**Menschenrecht ohne Grenzen e.V.**

<https://www.borderline-europe.de/>

[mail@borderline-europe.de](mailto:mail@borderline-europe.de)

[jg@borderline-europe.de](mailto:jg@borderline-europe.de)